



An Minijob-Reform führt kein Weg vorbei

An Minijob-Reform führt kein Weg vorbei
"Die EU-Kommission mahnt zu Recht eine Reform der Minijobs in Deutschland an. Daran führt kein Weg vorbei. Minijobs sind eine Niedriglohnfalle, vor allem für Frauen. Solche geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse gibt es in kaum einem anderen Land der EU, sie müssen in voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung übergeleitet werden", erklärt Sabine Zimmermann zur Besorgnis der EU-Kommission, dass in Deutschland eine große Zahl Menschen dauerhaft in Minijobs arbeitet. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. weiter:
"Die negativen Seiten des Minijobs sind dutzende Male belegt und alarmierend. Minijob heißt Minilohn: Acht von zehn Menschen mit einem Minijob arbeiten unterhalb der Niedriglohngrenze von 10,36 Euro in der Stunde. Bei den sogenannten Normalarbeitsverhältnissen ist es nur einer von zehn. Geringfügig Beschäftigten wird oft Urlaubs- und Krankengeld vorenthalten. Eine Überleitung der Minijobs in reguläre, voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse wäre ein wichtiger Schritt hin zu mehr Lohn und Gleichberechtigung. In diesem Jahr fällt der Equal Pay Day auf den 21. März. Er markiert den Tag, bis zu dem Frauen über das Jahresende hinaus arbeiten müssen, um auf den gleichen Lohn wie ihre männlichen Kollegen zu kommen. Ein Zehntel des Verdienstunterschiedes von Frauen und Männern erklärt sich durch die geringfügige Beschäftigung."
F.d.R. Christian Posselt
Pressesprecher

Pressekontakt

Die Linke. im Bundestag

11011 Berlin

Firmenkontakt

Die Linke. im Bundestag

11011 Berlin

Nach der Bundestagswahl am 18. September 2005 setzt sich die Linkspartei-Bundestagsfraktion für die 16. Legislaturperiode aus 54 Abgeordneten zusammen. Sie trägt den Namen ?DIE LINKE..